

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin

Im Blickpunkt

Aufruf zum Ostermarsch 2021

Abrüsten statt Aufrüsten Atomwaffen und Drohnen raus aus Deutschland!



Es braucht Druck von unten, damit dieses Gebot Wirklichkeit werden kann! Die Corona-Pandemie wirkt als Brandbeschleuniger in aktuellen Konflikten und gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen. Das Gespenst des Nationalismus zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die multilateralen internationalen Bündnisse. „Ich zuerst!“ statt „Wir gemeinsam!“ Dazu kommt ein menschenverachtender Umgang mit Flüchtenden. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben, statt in

Gesundheit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau zu investieren.

Vor allem durch Abrüstung und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens können die weltweiten Probleme gelöst werden. „Abrüsten statt Aufrüsten“ ist das Gebot der Stunde. Unsere Zivilisation ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und gut miteinander zu leben. Immer neue Kriegs- und Zerstörungsmittel passen nicht in die eine gemeinsame friedliche Welt.

Auf die Tagesordnung gehört eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit. Menschliche Sicherheit kann nicht militärisch erreicht werden, sondern ist Frucht gerechter Politik und nachhaltigen, fairen Handelns. So muss unbedingt der vor geraumer Zeit eingestellte Dialog mit Russland wieder aufgenommen werden; dies auch gerade angesichts des anstehenden 80sten Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion.

Die Einsicht wächst, dass ohne Druck auf die Regierenden sich nichts bewegt. Das gilt für alle gesellschaftlichen Konflikte. Deshalb wollen wir beim Ostermarsch mit allen demokratischen, sozial-ökologischen und antirassistischen Bewegungen gemeinsam demonstrieren.

Unsere Forderungen sind:

- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Verzicht auf nukleare Teilhabe; stattdessen Unterzeichnung des völkerrechtlichverbindlichen UN-Atomwaffenverbotsvertrages
- Stopp der Rüstungsexporte, insbesondere an die Türkei und Saudi-Arabien
- Stopp aller Aufrüstungsprogramme, wie z.B. Kampfdrohnen und Kampfbomber, keine Wirtschaftsförderung der deutschen Rüstungsindustrie
- gesellschaftliche und internationale Solidarität statt rechter Demagogie, rassistischer Ausgrenzung und Wirtschaftssanktionen
- internationale Zusammenarbeit zur globalen Bewältigung der Corona-Pandemie und entschiedener Kampf gegen Umwelt- und Klimakatastrophen.

Deswegen sagen wir:

Abrüsten statt Aufrüsten!

Wort zum Monat

Liebe Genoss*innen,

hinter uns liegen aufregende Wochen. Auf unserem ersten digitalen Bundesparteitag wählten die Genoss*innen unseren neuen Parteivorstand, samt neuen Vorsitzenden. Susanne Hennig-Wellsow (Thüringen) und Janine Wissler (Hessen) setzten sich gegen ihre Bewerber durch und stellen nun unsere erste weibliche Doppelspitze dar.



Nun liegt es jedoch nicht nur an unseren Vorsitzenden, DIE LINKE für das laufende Superwahljahr 2021 und für die kommenden Jahre fit zu machen. Es liegt auch an allen Genoss*innen, sie dabei tatkräftig zu unterstützen.

Für Überraschung sorgte wohl die Kandidatur zum Vorsitzenden des Schweriner Genossen Torsten Skott, besser bekannt als Skotti. Leider schaffte es Skotti nicht, die Mehrheit der Genoss*innen von sich zu überzeugen. Dennoch zeigt seine Kandidatur deutlich, dass DIE LINKE eine Mitglieder- und keine Kaderpartei ist. Ganz gleich ob Bundes-, Landes- oder Kreisvorstand: DIE LINKE lebt nur durch jede*n einzelne*n Genoss*innen!

Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern war eine Menge los. So wählten die Vertreter*innen am zweiten Märzwochenende die Landesliste für die kommende Bundes- und Landtagswahl. Dietmar Bartsch und Simone Oldenburg werden diese Listen für Mecklenburg-Vorpommern anführen. Eine sehr gute Wahl, wie wir finden!

Dietmar hat in den vergangenen Jahren als Fraktionsvorsitzender im Bundestag immer wieder den Blick auf unser Bundesland gerichtet und deutlich gemacht, dass man den Nordosten Deutschlands nicht vergessen darf. Mit 93,5% Prozent führt Dietmar die Landesliste in die Bundestagswahl und will sich das Direktmandat in Rostock holen.

Gute Schulen ohne Unterrichtsausfall, raus aus dem Lohnkeller und Schluss mit Kinder- und Altersarmut! Dies ist der Kurs, den Simone Oldenburg als Spitzenkandidatin zur

Landtagswahl vorgibt. Mit 93,7% wurde sie von den Vertreter*innen auf Listenplatz 1 gewählt.

Und Schwerin? Unser Kreisverband wird mit Henning Foerster (Listenplatz 4 & Direktkandidat), Dr. Daniel Trepsdorf (Listenplatz 14 & Direktkandidat), Daniela Filter (Listenplatz 17) und Jan Ole Rieck (Listenplatz 20 & Jugendkandidat) in den Wahlkampf ziehen.

Ina Latendorf (Listenplatz 2 – Bundestagswahl) komplementiert unser Team für Schwerin und gemeinsam mit allen Kandidierenden werden wir dafür sorgen, dass DIE LINKE am 26.09.2021 gestärkt aus den Wahlen hervorgeht um für ein sozialeres, ökologischeres und gerechteres Land einzutreten. Gemeinsam mit euch wollen wir dafür sorgen, dass den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und Schwerin klar wird, nachhaltige Veränderungen kann es nur mit einer starken LINKEN im Landtag und Bundestag geben!

Eure Karin Müller & Marco Rauch

Dankeschön

Liebe Genoss*innen,

liebe Freunde,

wir möchten dieses Format nutzen, um uns als Vorsitzende des Kreisverbandes Schwerin zu bedanken für alle Spenden und eingezahlten Mandatsbeiträge für 2020/2021. Aufgrund der veränderten Finanzordnung bilden diese Gelder und einem geringen Teil der Mitgliedsbeiträge die Grundlage für unsere politische Arbeit. Diese war durch die Corona-Pandemie 2020 doch nur recht eingeschränkt möglich. So können wir euch mitteilen, dass wir, wie laut Beschluss vereinbart, auf unser neu angelegtes Konto für den Kommunalwahlkampf 2024 6000.- € transferieren konnten. Das ist sogar etwas mehr, als wir es uns laut Haushaltsplan vorgenommen hatten.

Nochmals, auch im Namen des gesamten Kreisvorstandes, ein Dankeschön.

Aktuelles

Henning Foerster

Unser Kandidat zur Landtagswahl - Listenplatz 4



Liebe Genossinnen und Genossen!

Bis zum Beginn der Corona-Krise folgten arbeitsmarktpolitische Debatten dem immer gleichen Schema. Die Zahl der Arbeitslosen sank, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg und als einzige Herausforderung wurde die Fachkräftesicherung angesprochen. Es

war also unser Job, die sich dennoch verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, die Notwendigkeit sinnvoller Beschäftigungsmaßnahmen, die Abschaffung der Hartz IV Sanktionen, bedarfsgerechte Regelsätze und die Rettung der letzten Beschäftigungsgesellschaften im Land zu thematisieren.

Nach einem Jahr Corona Pandemie steigen die Arbeitslosenzahlen wieder deutlich an. Und wir sehen, dass es Langzeitarbeitslose sind, für die es enorm schwer wird, in Konkurrenz zu den jüngst von Entlassungen Betroffenen, wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen. Deshalb sind diese Menschen im Besonderen auf die Angebote des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes angewiesen. Und deshalb ist es ein Erfolg, dass der Wirtschaftsminister den besonders gefährdeten, Beschäftigungsgesellschaften nun helfen wird, und für Träger von ESF geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen den Eigenanteil von 30 auf 10 Prozent absenkt. Links wirkt also!

Wer mit Armut zu kämpfen hat, war und ist auch auf das Angebot von Sozialkaufhäusern und Kleiderbörsen angewiesen. Unter anderem in Nordwestmecklenburg standen diese während dieser Wahlperiode vor dem Aus. Wir waren es, die gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband vor dem Schloss protestierten und das Thema zeitgleich ins Parlament gezogen haben.

Mit Erfolg, denn der öffentliche Druck zwang den Wirtschaftsminister zu handeln und ihnen finanziell unter die Arme zu greifen. Armut betrifft aber nicht nur Menschen, die arbeitslos sind. Viele in unserem Land sind arm trotz Arbeit. Die meisten von Euch werden wissen,

dass ein Beschäftigter etwa 2.650 Euro brutto verdienen muss, um nach 45 Arbeitsjahren eine Rente von 1.200 Euro zu bekommen.

Fast 187.000 Vollzeitbeschäftigte liegen hierzulande unterhalb dieses Niveaus, mehr als 53.000 verdienen weniger als 1.800 Euro brutto. Deswegen galt und gilt für uns immer, dass wir nicht nur über die Quantität, sondern vor allem auch über die Qualität von Arbeitsplätzen reden müssen. Nicht einmal jeder zweite Beschäftigte wird tariflich entlohnt, nur jeder Dritte hat einen Betriebsrat. Und selbst bei öffentlichen Auftragsvergaben von Land und Kommunen wird mit 10,35 Euro immer noch kein armutsfester Mindestlohn gefordert. Und das, obwohl der Zusammenhang zwischen guter Arbeit, fairen Löhnen und guter Rente mittlerweile jedem einleuchten dürfte.

Deshalb kann es nicht sein, dass man am Ende eines Arbeitslebens auf die Grundsicherung angewiesen ist. Wir dürfen hier insbesondere die SPD nicht vom Haken lassen, wenn es um mehr Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung und einen Vergabemindestlohn in Höhe von 13 Euro geht. Nicht reden, sondern handeln ist gefragt und wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind zum Handeln bereit.

Wir sind eben nicht wirtschaftsfeindlich, wie es uns der Schweriner Oberbürgermeister jüngst im Zusammenhang mit Kritik an der geplanten Amazon-Ansiedlung vorwarf. Nein wir sind zum Beispiel diejenigen, die in der Werftenkrise dafür gekämpft haben, dass nicht nur den großen MV-Werften geholfen wird, sondern die vielen kleinen Zulieferunternehmen nicht wieder auf ihren offenen Rechnungen sitzenbleiben. Anfangs wurden wir im Ausschuss ausgelacht, am Ende hat man unseren Vorschlag umgesetzt.

Die Kernfrage für die Zeit nach den Bundes- und Landtagswahlen wird sein, wem die finanziellen Lasten der Corona Krise übergeholfen werden. Es steht zu befürchten, dass wieder einmal der kleine Mann zur Ader gelassen wird. Das ist unsere Chance in diesem Wahljahr. Ich deute die 16 Prozent aus der letzten Umfrage so, dass doch etlichen Menschen klar wird, dass Mecklenburg-Vorpommern auch im Landtag ein soziales Gewissen braucht.

Allein die Tatsache, dass wir da sind, dabei die abgesprochenen und noch viele andere Themen dort öffentlich zur Debatte stellen und die anderen zwingen, Farbe zu bekennen, bewirkt schon etwas. Deshalb möchte ich damit enden, Euch zuzurufen, nehmen wir diese Chance wahr und seien wir weiterhin vor allem auch die Stimme der kleinen Leute!

Dr. Daniel Trepdorf

Unser Kandidat zur Landtagswahl - Listenplatz 14



Delegiertenversammlung zur Aufstellung der Liste der LNKEN für die Landtagswahl M-V im September 2021

Vom gesetzten 10. Platz auf der Liste ging's auf den undankbaren 14. Platz (Männerplatz 7). – Da muss man nix schönreden und zuckersüßen
Enthusiasmus verbreiten: Das war hart und frustrierend.

Tja, nun heißt es: „Kopf hoch! Und nicht die Hände!“ Indes, wir haben mit Simone Oldenburg eine herausragende Spitzenkandidatin!

Das letzte Mal ist DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern mit 24,4% und gleich 20 Abgeordneten im Jahre 1998 ins Schweriner Schloss eingezogen. Da kamen wir erstmals seit 1990 wieder in einem Bundesland in Regierungsverantwortung.

Daniela Filter

Unsere Kandidatin zur Landtagswahl - Listenplatz 17



Liebe Genoss*innen, liebe Gäste,

für meine Kandidatur zur Listenaufstellung für die Landtagswahl stelle ich mich vor und möchte euch sagen, warum ich kandidiere. Ich bin 53 Jahre alt und wohne in Schwerin. Geboren und aufgewachsen bin in Thüringen. Ich bin verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne.

Nach meiner Lehre zur Versicherungskauffrau habe ich ein Studium an der Fachschule für Finanzwirtschaft Gotha absolviert, welches jedoch in der heutigen Zeit nicht anerkannt wurde. Jetzt arbeite ich als Sachbearbeiterin in der Landesverwaltung und bin Beamtin im mittleren Dienst.

Politisch bin ich eine Spätzünderin, denn erst 2015, im Alter von 47 Jahren, bin ich in DIE LINKE eingetreten, während meiner Abiturzeit am Abendgymnasium Schwerin. Dort habe ich eine Facharbeit zum Thema Frauenwahlrecht und Clara Zetkin geschrieben. Seit über 150 Jahren kämpfen Frauen für ihre politische Beteiligung. Erst seit 1918 dürfen wir wählen. Aber wählen ist nicht genug. Wir wollen selbst in den Parlamenten Politik mitgestalten! Clara Zetkin ist mir zum Vorbild geworden. Bei der Beschäftigung mit ihrer Person wurden ihr in den Biographien zwei Eigenschaften zugesprochen: Mut und einen starken Willen. Einen starken Willen habe ich, Dank an meine Eltern, und mit dem Mut fange ich hier und heute an!

Die englische Schriftstellerin Mary Ann Evans konnte im 19. Jh. nur unter dem Namen eines Mannes publizieren, George Eliot. Eines meiner Lieblingszitate von ihr lautet: „Es ist nie zu spät, das zu werden, was man hätte sein können.“ Deshalb bin ich jetzt hier und ich möchte in den Landtag einziehen!

Ich war vier Jahre lang im Kreisvorstand und bin jetzt in der Kreisfinanzrevisionskommission und im Landesauschuss. Ich bin in der AG Antifaschismus, in der VVN BdA, bei Ver.di, in der AG und LAG Ökologische Plattform und Sprecherin des Klimabündnis Schwerin. Daran erkennt ihr meine politischen Schwerpunkte.

Antifaschismus ist heute wichtiger denn je. Die Anschläge in Hanau und Halle, die NSU-Morde und deren unzureichende Aufklärung sind nicht hinnehmbar. Bei Nazi-Aufmärschen könnt ihr mich bei den Gegendemonstrationen auf der Straße antreffen, genau wie bei den Klimastreiks von Fridays for Future.

Ich möchte euch nicht die gute Laune verderben, aber es sieht nicht gut aus mit unserem Klima. Laut dem Deutschen Wetterdienst besteht ein hohes Risiko, dass die Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad nicht erreichbar ist. Es sind bis zum Jahr 2100 sogar 3 bis 4 Grad möglich. Die Klimakrise macht keinen Bogen um unser Bundesland, Trockenheit und Wetterextreme machen nicht nur den Landwirten zu schaffen, sondern uns allen. Vor kurzem lief im NDR eine Dokumentation, in der die Fischer als erste Opfer der Klimakrise bezeichnet werden, da die Fangquoten runtergesetzt werden mussten, verursacht durch die Erwärmung des Meerwassers und dessen Folgen.

Für alle, die vielleicht der Meinung sind, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht unsere Themen sind: Unser Ansatz, der sozial-ökologische Wandel mit Klimagerechtigkeit, ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir nutzen müssen.

Klimaschutz ist *das* Thema unserer Zeit. Es politisiert mehr als andere aktuelle Themen. Es treibt Aktivist*innen auf die Straßen und auf die Bäume. Dass es sehr wichtig ist, haben auch schon andere Parteien erkannt. Und es sind nicht die Grünen, die das Wort „klimaneutral“ in ihren Wahlslogan wählten, es ist die SPD. Laut ihrem Kanzlerkandidaten will die SPD mit ökologischen Themen punkten.

Zur Verkehrswende wurde heute ja schon viel hier gesagt. Es ist wichtig, den Öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Aber das ist nicht genug. Er muss auch entgeltfrei werden. Ich bin in einer Bürgerinitiative „Freifahrt.jetzt Schwerin – für einen entgeltfreien Nahverkehr“. Immer, wenn wir mit Bürger*innen ins Gespräch kommen, hören wir den Einwand „Das kann ja nicht bezahlt werden.“, obwohl sie einen entgeltfreien ÖPNV gut finden würden. Es gibt viele Vorteile. Neben den positiven Auswirkungen auf das Klima gibt es die soziale Seite, mehr soziale Teilhabe und Mobilität für alle Menschen. Unsere Parteispitze im Berlin hat einen 5-Punkte-Plan für den entgeltfreien Nahverkehr erstellt, an dessen Ende eine Finanzierung durch den Bund durch die Erhebung einer Vermögenssteuer steht. Das hört sich vielleicht für manche utopisch an, aber vor 110 Jahren war auch das Frauenwahlrecht utopisch. Unsere neue Parteivorsitzende, Janine Wissler, spricht mir aus dem Herzen, wenn sie sagt, dass alle große Veränderungen von den Bewegungen ausgehen. Es muss, wie damals beim Frauenwahlrecht, eine gesellschaftliche Stimmung entstehen, die grundlegende Veränderungen fordert. Diese gilt es von den Parlamenten dann gesetzlich umzusetzen. Es gibt schon viele Bestrebungen oder Modellprojekte für den entgeltfreien ÖPNV, z.B. in Bremen, Berlin, Augsburg und Wuppertal. Und es werden immer mehr. Gerade dieses Thema passt perfekt zu unserer Forderung nach Klimagerechtigkeit. Und das sollten wir laut kundtun.

Erfreulicherweise haben heute schon viele Kandidat*innen den Klimaschutz als eine unserer Aufgaben genannt. Eines fehlte mir jedoch bisher. Es stimmt, wir wollen die Konzerne zur Kasse bitten und dort Veränderungen bewirken. Es wird aber nicht ohne Veränderung für uns alle gehen, Veränderungen hin zu einem klimafreundlicheren Leben. Da geht es zum Beispiel um die Reduzierung (nicht das Verbot) des Fleischkonsums, den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad oder den ÖPNV (da, wo es möglich ist) und die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie in der Landwirtschaft. Wenn wir potentielle Grünen-Wähler*innen, denen auch

das Soziale wichtig ist, für uns gewinnen wollen, dann müssen wir einen konsequenten Klimaschutz anstreben und dies glaubhaft verkünden.

Ich möchte gern in den Landtag und mich dort für meine Themen Gleichstellung, Antifaschismus und Klimaschutz einsetzen. Das wird mit Listenplatz 17 schwierig, aber ich komme aus Thüringen und mit den dortigen Ergebnissen für DIE LINKE würde es klappen. Also lasst uns einen tollen Wahlkampf hinlegen!

Jan Ole Rieck

Unser Kandidat zur Landtagswahl - Listenplatz 20

Liebe Genoss*innen, mein Name ist Jan Ole Rieck, ich bin 19 Jahre alt und bin derzeit im 2. Lehrjahr in meiner Ausbildung zum Altenpfleger. Ich bin seit ca. 2,5 Jahren im Kreisvorstand Schwerin, seit 2 Jahren Co-Sprecher der Linksjugend [solid] Schwerin und durch die letzte Kommunalwahl habe ich auch begonnen mich kommunalpolitisch als stellvertretendes Mitglied im Ortsbeirat Schwerin Lankow zu engagieren.



Besonders am Herzen liegen mir folgende 3 Punkte

1. Antifaschismus/Antirassismus
2. Klimapolitik
3. wenig überraschend Jugendpolitik

Geboren und aufgewachsen bin ich in Greifswald, seit 2018 wohne ich in Schwerin. Ich bin also geborener Vorpommer und lebe nun in Mecklenburg. Durch meinen Lebensmittelpunkt in Mecklenburg und meine häufigen Besuche in Vorpommern und das jeweilige sehen der Probleme, denke ich das ich einige politischen Baustellen in beiden Landesteilen kenne. In ganz MV gibt es Herausforderungen, die angegangen werden müssen, auch einhergehend mit meinen 3. politischen Grundpfeilern.

Zum Thema Antifaschismus/Antirassismus muss ich euch allen hier nicht viel Neues erzählen. Wir alle hier sind immer wieder auf den Straßen MV`s unterwegs um den Faschist*innen keinen Meter ohne Widerstand zu gewähren. Viele von uns engagieren sich

in den zahlreichen Organisationen und Bündnissen die sich für ein buntes und vielfältiges MV einsetzen. Auch ich engagiere mich überparteilich. Sei es bei Aufstehen gegen Rassismus SN, Schwerin für Alle oder auch bei den Protesten gegen die Neurechte Querdenker*innenbewegung. Nirgendwo in MV ist Platz für Faschismus, Rassismus und Menschenhass. Auch immer mehr Bürger*innen sind auf den vielfältigen und bunten Demonstrationen im Land unterwegs und ergreifen Position, sei es in Schwerin, Greifswald oder anderswo. Diese vielen Menschen geben mir persönlich viel Kraft im Kampf gegen die blau-braune Flut, die täglich versucht unsere Demokratie zu zerschlagen. Lasst uns diese Menschen nicht enttäuschen, sondern weiter für ein solidarisches und antifaschistisches MV eintreten.

Zur Klimapolitik kann ich nur eines sagen: Sie geht uns alle etwas an! Die drohende Katastrophe wird vor niemandem Halt machen. Wir alle hier sollten geschlossen für eine sozial-ökologische Klimapolitik eintreten. Endlich die Forderungen von FFF oder auch Extinction Rebellion ernst nehmen und mit ins Parlament tragen. Lasst uns heute also auch hinsichtlich des Klimaschutzes Einfluss auf unsere Landesliste nehmen. Auch wenn uns eins allen klar ist, es gibt keine Partei in Deutschland die so ökologisch **und** sozial ist wie DIE LINKE.

Beim Thema Jugendpolitik lege ich mein Hauptaugenmerk auf 2 Punkte.

Zum einen die Politik um die vielfältigen Ausbildungsberufe im Land. Auch wir als LINKE müssen es schaffen im Parlament Ausbildungsberufe zu fördern und attraktiver zu machen. So können wir den Weggang von jungen Menschen, die eben nicht studieren, entgegenwirken. MV muss endlich auch neben den Universitätstandorten attraktiv für junge Menschen werden.

Zum anderen möchte ich den Bürger*innen aber auch immer noch vielen Genoss*innen beweisen, dass Jugend mehr drauf hat als nur zu folgen! Jung sein alleine ist kein Qualifikationsmerkmal, keinesfalls. Aber junge Menschen haben noch viel mehr Fähigkeiten. Heute werbe ich um eure Stimme um allen Kritiker*innen zu zeigen: Jugend hat einiges mehr drauf als nur jung zu sein.

Ich möchte für ein MV eintreten, welches Vorreiter in Sachen Klimaschutz ist, in den der endgeldfreie Bahnverkehr blüht und die PKWs öfter stehen gelassen werden können. Wo die Menschen wissen das die Natur die wichtigste Ressource für das Überleben einer modernen Gesellschaft ist.

Einem MV, in dem jeder Mensch sicher und ohne Angst leben kann, egal welche Sexualität, Hautfarbe, Herkunft oder Religion. MV als Sicherer Hafen, in dem die Integration als Vorzeigeprojekt gilt, in welchem jeder Mensch seine Wurzeln schlagen möchte.

Einem MV, in dem junge Menschen und ihre Ideen nicht nur belächelt, sondern mit in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden. Wo Ausbildungsberufe gestärkt sind und junge Menschen auch wirklich hier bleiben wollen.

Einem MV, in dem es den Menschen gut und nicht nur den kapitalistischen Großverdiener*innen.

Ich möchte einstehen für ein antifaschistisches, ökologisches und sozialistisches MV! Mein Name ist Jan Ole Rieck: **jung, sexy, links – extrem!**

Kommunal- und Landespolitik

Stadtvertretung und Hauptausschuss tagen weiter in Präsenz

Die britische Mutante des Corona-Virus sorgt für wieder steigende Fallzahlen. Daher beschäftigte sich die Stadtvertretung in ihrer März-Sitzung auch mit der Frage, wie der Politikbetrieb in der Landeshauptstadt Schwerin unter diesen Umständen in den kommenden Monaten weiterlaufen soll. Es lagen zwei Alternativanträge vor.

Während die SPD bei bestimmten Inzidenzwerten auch die Stadtvertretung als Hybridveranstaltung (wahlweise Anwesenheit der Stadtvertreter oder Zuschaltung per Video) oder ganz als Videokonferenz abhalten wollte, plädierten CDU/FDP und UB dafür, das jetzige Verfahren beizubehalten. Derzeit tagen die Fraktionen, die beratenden Fachausschüsse und die Orts- und Fachbeiräte generell per Videokonferenz, während die Beschlussgremien Hauptausschuss und Stadtvertretung ihre Sitzung als Präsenzveranstaltungen unter strengen Hygieneauflagen durchführen.



Gerd Böttger machte für DIE LINKE deutlich, dass sich das bisherige Verfahren bewährt habe. Von daher gäbe es keinen Grund, davon abzuweichen. Sollte sich die Lage tatsächlich dramatisch verändern, müsse man sie neu bewerten und entsprechende Beschlüsse herbeiführen.

Wirtschaft und Kultur brauchen Hilfe



Seit einem Jahr hält uns die Corona-Pandemie nun schon in Atem. Die damit einhergehenden Einschränkungen zum Schutz der Gesundheit bleiben nicht ohne Folgen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben in unserer Stadt. Zwar haben Bund und Land zahlreiche Hilfsprogramme aufgelegt, jedoch sind diese mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden.

Oft genug flossen sie auch verspätet. Vor diesem Hintergrund sollte die Landeshauptstadt auch eigene Hilfen auflegen, begründete Henning Foerster den Antrag unserer Fraktion. Neben einem Hilfsfonds in Höhe von 1 Million Euro für Wirtschaft und Kultur schlägt DIE LINKE auch die Aussetzung der Übernachtungssteuer für die gebeutelten Übernachtungsbetriebe bis Ende 2021, die großzügige Ermöglichung der gastronomischen Sondernutzung von Außenflächen zur Bewirtung von Gästen, die Aussetzung der Gebühren für gastronomische Sondernutzungen im Jahr 2021, Maßnahmen zur Belebung der Schweriner Innenstadt und anderer geeigneter Stellen durch zusätzliche Veranstaltungsangebote auf kleinen Bühnen in Frühlings- und Sommermonaten und das Vorziehen geplanter Investitionsmaßnahmen durch Verwaltung und kommunale Betriebe zur Unterstützung von Wirtschaft, Handel und Handwerk in der Region vor.

Vor allem Hotellerie und Gastronomie, die seit 4 Monaten geschlossen sind, brauchen nach dem Neustart Unterstützung. Bei den kleinen Unternehmen hat man kein Verständnis dafür, dass die Stadtoberen sich für ihren rigiden Sparkurs und 8 Millionen Überschuss im abgelaufenen Haushaltsjahr feiern, während ihnen Corona-bedingt das Wasser bis zum Hals steht. CDU/FDP, SPD, UB und Grüne hatten zur Sitzung einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der anstelle eigener Vorschläge nur den Auftrag an den OB enthielt, Hilfsmöglichkeiten vorzuschlagen.

Beide Anträge wurden derart zusammengeführt, dass die acht von zehn vorgeschlagenen Maßnahmen der LINKEN übernommen wurden. Strittig blieben der Hilfsfonds und die Aussetzung der Bettensteuer. Die Vorschläge des OB werden nun für April 2021 erwartet.

Kita-Satzung beschlossen

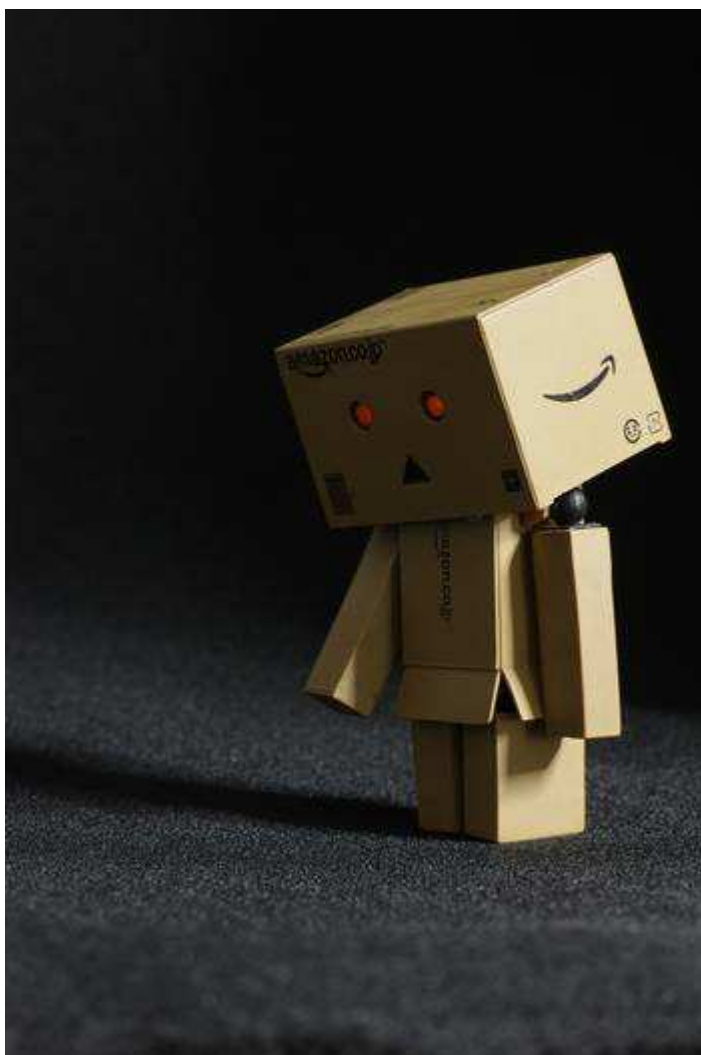


Die Personalschlüssel in den Schweriner Kindertagesstätten wurden seit Monaten im Jugendhilfeausschuss und einer Arbeitsgruppe unter Einbindung der Träger und der Gewerkschaft ver.di diskutiert. Wolfgang Block dankte in seiner Rede allen, die sich in diesen Prozess eingebracht haben. Konstatiert wurde ein personeller Mehrbedarf von 100 Stellen, was Mehrkosten von 8 Mio. Euro mit sich bringen würde. Daher verständigte man sich auf einen

Stufenplan zur Anhebung des Personalschlüssels.

Die Gewerkschaft ver.di kritisierte das Ergebnis als unbefriedigenden Minimalkompromiss. Folglich wird das Thema der Stadtvertretung erhalten bleiben. Wer gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen will, muss neben guten Löhnen auch mehr in gute Arbeitsbedingungen investieren.

Und immer wieder Amazon



Seit Jahresbeginn hat der Verkauf eines Grundstückes an den Versandriesen Amazon für heftige Auseinandersetzungen in der Kommunalpolitik und der Stadtgesellschaft insgesamt gesorgt. Während die einen die Ansiedlung in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten begrüßen, da bis zu 190 neue Arbeitsplätze im Industriepark entstehen, verweisen die anderen auf den Umgang des Unternehmens mit Betriebsräten, die seit sieben Jahren andauernde Verweigerung Tarifverträge mit der Gewerkschaft ver.di zu verhandeln und die negativen Folgen der Ansiedlung für den Verkauf in den Geschäften der Innenstadt.

Die Hauptausschussmitglieder der LINKEN Dr. Daniel Trepdorf und Gerd Böttger hatten sich daher bei der Abstimmung enthalten. Nun brachte ausgerechnet die SPD, deren Oberbürgermeister Dr. Badenschier jüngst alle Kritiker der Ansiedlung pauschal als wirtschaftsfeindlich beschimpft hatte, einen Antrag ein, der die Folgen von andauernder

Beschäftigung im Niedriglohnsektor beklagte. In selbigem wurde gefordert, die Bemühungen um Aufstiegsqualifizierung und Weiterbildung zu verstärken und darüber hinaus den Mindestlohn auf 13 Euro anzuheben. Henning Foerster erwiderte für DIE LINKE, dass dies schon sehr den Anschein erwecke, dass man sich jetzt von der Entscheidung pro Ansiedlung reinwaschen wolle. Die Themen indes seien richtig gewählt. Allerdings sollte die SPD in der Landeshauptstadt ihre Forderungen nicht nur an den Bund, sondern vor allem auch an die eigene Landesregierung adressieren. Die Hebel lauten Novelle des Vergabegesetzes und Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Einem entsprechenden Ersetzungsantrag der LINKEN stimmten am Ende auch SPD und Grüne zu. Da CDU/FDP, UB und AfD geschlossen dagegen stimmten, fand er jedoch keine Mehrheit.

Rahmenplan zur Revitalisierung des Freilichtmuseums Mueß beschlossen

Seit Ende vergangenen Jahres liegt der Stadtvertretung ein Konzept zur Um- und Neugestaltung des Freilichtmuseums in Schwerin Mueß vor. Vorgesehen ist bis 2025 eine deutliche Aufwertung des derzeitigen Areals hin zu einem attraktiven Zuschauermagneten. Gut 30 Millionen Euro soll das Ganze kosten, etwa 90 Prozent sollen dabei Fördermittel sein. Ist alles einmal fertig, sollen zum Beispiel ein neuer Eingangsbereich mit Besucherzentrum nebst Ausstellungsräumen, ein öffentlicher Zugang zum See mit Bootsanleger, eine Spiel- und Freizeitfläche sowie Erlebnis-Gastronomie die derzeitige Situation vollkommen neu ausrichten helfen. Außerdem soll die Anlage 2025 Außenstandort der BUGA in Rostock werden. Die Stadtvertretung hat nun den Rahmenplan zur Revitalisierung der Dorf- und Museumsanlage beschlossen. Der OB wurde beauftragt, mit der schrittweisen Umsetzung der einzelnen Teilvorhaben bis zum Jahr 2025 zu beginnen.

Mitteilungen aus den Kreis- und Ortsvorständen

Ein linkes Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen.

Am 23. Februar ist unsere langjährige Vorsitzende der Basisorganisation Nordstadt

Anita Horn



verstorben. Die letzten Jahre war sie in Nordwestmecklenburg organisiert.

Am 28.03.2021 wäre sie 88 Jahre alt geworden. In den vergangenen 3 Jahren

spielte die Gesundheit nicht mehr mit und der Lebensmut schwand immer mehr.

Nach 3 Wochen im Pflegeheim schloss sie endgültig die Augen.

Wir (das sind nur noch wenige lebende GenossInnen der BO) werden sie in dankbarer Erinnerung behalten.

Bereits im September 2020 ist die älteste Genossin unseres Ortsverbandes Mitte

Hildegard Niederstrasser

verstorben. Im Januar wäre sie 99 Jahre alt geworden.

Wir werden sie nicht vergessen.



Bundes- und Europapolitik

"Strompreise!" - Dr. Dietmar Bartsch

Die Reaktor-Katastrophe von Fukushima (Japan) vor zehn Jahren hat in Deutschland auch dem Letzten die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie vor Augen geführt. Die Energiewende ist für viele Bürgerinnen und Bürger allerdings vor allem zu einer Preiswende geworden.



Die Strompreise in Deutschland sind inzwischen Weltspitze. Kaum irgendwo sonst sind sie höher. Daran hat die schlecht umgesetzte und fast ausschließlich von Bürgerinnen und Bürgern finanzierte Energiewende großen Anteil. Für eine Familie sind die Stromkosten seit Fukushima um fast 30 Prozent gestiegen. Aber nicht, weil die Strompreise sich sehr verteuert hätten, sondern weil der Staat vielfach als Preistreiber agiert. Ohne Steuern und Abgaben wäre der Strompreis in zehn Jahren lediglich um drei Prozent gestiegen. Das ist ein verheerendes Ergebnis der Energiepolitik in Deutschland.

Die Strom- und Energiepreise sind inakzeptabel hoch. Drei Millionen Menschen heizen im Winter nicht ausreichend, weil sie sich das nicht leisten können.

Die Stromkosten gehen durch die Decke. Die Pandemie wird für viele zu drastischen Rechnungen führen, weil viel Zeit in den eigenen vier Wänden verbracht werden musste. Um die Geldbörse zu schonen, sollte die Stromsteuer für Privathaushalte abgeschafft und die EEG-Umlage grundlegend reformiert werden. Außerdem braucht es ein besonders günstiges Grundkontingent. Strom und Energie dürfen in einem der reichsten Länder kein Luxusgut werden.

"Zwischen Zeuthen und Brüssel" – Helmut Scholz



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Woche in Brüssel war ereignisreich – und für uns LINKE und andere progressive Kräfte im Europäischen Parlament durchaus erfolgreich. So haben wir **Vorgaben für ein europäisches Lieferkettengesetz beschlossen, mit einer breiten Mehrheit über Fraktionsgrenzen hinweg. Größere Unternehmen sollen künftig verpflichtet werden, die Einhaltung von Menschenrechten, Umweltschutz und würdigen Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferketten zu gewährleisten. Das ist nicht nur ein Meilenstein für den internationalen Handel, sondern auch ein Beispiel für das deutsche**

Lieferkettengesetz, das noch weit hinter diesen Standards zurück liegt.

Auch in einem anderen Punkt wünschte ich mir, dass "Berlin" nachzieht: Unser Fraktionssaal in Brüssel wird künftig den Namen Manolis Glezos tragen – jenes griechischen Widerstandskämpfers, der 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis herunter riss und damit praktisch den „Startschuss“ für den antifaschistischen Kampf im Lande gab.

Als späterer Europaabgeordneter war Manolis Mitglied unserer Fraktion.

Ein ganzes Gebäude wird zudem nach Sophie Scholl benannt, der Münchener Studentin und Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, die mit ihrem Bruder Hans zu den führenden Köpfen der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ gehörte und von den Faschisten hingerichtet wurde.

Und noch eine Frau wird auf Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments geehrt: Clara Campoamor, eine spanische Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin, gibt künftig einem weiteren Gebäude ihren Namen. Das ist weit mehr als Symbolpolitik, sondern ein klares Bekenntnis, in welcher Tradition sich das Europäische Parlament sieht. Wenn ich dann daran denke, dass in Deutschland noch immer manche Kaserne, manche Straße, mancher Platz sehr fragwürdige Namen tragen ...

Nicht zuletzt sind in dieser Woche die Weichen für den Start der EU-Zukunftskonferenz endgültig gestellt worden. Sie wissen, dass ich mich sehr für dieses neue Forum der Mitsprache und Mitentscheidung der Bürger*innen engagiere. Dem Start am 9. Mai, dem Europatag, dürfte nun nichts mehr im Wege stehen. Ich werde darauf drängen, dass Ergebnisse der Konferenz nicht in den Schreibtischschubladen der Europäischen Institutionen verschwinden, sondern umgesetzt werden – bis hin zu möglichen Änderungen an den Europäischen Verträgen. Das mag sicher eine Aufgabe für die kommenden Monate sein.

Mitteilungen aus den Ortsverbänden

Weil heute dein Geburtstag ist...

Allen Genossinnen und Genossen, die in diesen Tagen Geburtstag feiern oder feierten, gratulieren wir von ganzem Herzen.

Gen. Hubert Meyer

Herzlich willkommen!

Hiermit begrüßen wir unsere neue Genossin **Dr. Marina Hornig** ganz herzlich in unserer Partei. Wir freuen uns auf ihre Mitarbeit für sozialeres und gerechteres Schwerin!



Diskussion zum Landeswahlprogramm

Von: Carmen Tarrach und Peter Brill



Der Ortsverband Mitte hatte im Februar 2021 zu einer Diskussionsrunde zum Landeswahlprogramm eingeladen. Natürlich coronakonform als Videokonferenz. Die Einladung wurde im gesamten Kreisverband verteilt und es haben sich über 16 Mitglieder an der Diskussion beteiligt.

Die Diskussionsthemen waren vielfältig. Das begann bei der Länge des Entwurfs, den viele als zu umfangreich ansahen. Aber wie immer gab es in der Debatte auch konkrete Themen und auch Ideen für Anträge. Besondere Bedeutung wird immer der Einleitung beigemessen. Hier fehlten einigen Teilnehmenden Themen wie Frieden und Umwelt. Es gab aber auch konkrete Anregungen aus der Diskussion. So zum Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, zur Digitalisierung oder zum Hochschulstandort Schwerin. Alle Gedanken laufen letztendlich aber darauf hinaus, dass das Wahlprogramm noch länger wird.

In der lebhaften Diskussion gab es die Forderung nach einem Kurzwahlprogramm und einem Wahlprogramm in einfacher Sprache.

Die Ideen für Anträge allein reichen aber nicht. Daher wurden die Diskutanten gebeten, ihre Anträge schriftlich vorzubereiten und an den Vorstand des Ortsverbandes Mitte zu geben. Der Kreisvorstand wird sich dann in seiner Sitzung im März oder April mit den Anträgen befassen und entscheiden, ob er sie unterstützt. Grundsätzlich hat aber jedes Parteimitglied das Recht, seine Anträge unmittelbar an den Landessparteitag zu stellen. Wer also noch Ideen hat – einfach los. Der Kreisvorstand freut sich bestimmt über ein großes Interesse an der Diskussion zum Landtagswahlprogramm.

Neues von den Arbeitsgemeinschaften

„Parteitag, der nächste“

von Matthias Filter



"Einführung eines Gewerkschaftsrates

Antragsteller/innen: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen: Einführung eines Gewerkschaftsrates

1. Ein **Gewerkschaftsrat** wird einberufen. Er besteht aus vom Parteivorstand berufenen Gewerkschaftsmitgliedern. Die Anzahl ist nach Möglichkeit auf 20 zu begrenzen. Er tagt zweimal im Jahr und berät den Parteivorstand in gewerkschaftspolitischen Fragen.
2. Der Geschäftsführende Parteivorstand führt zudem zweimal jährlich einen **Gewerkschaftsdialog** mit den neun Vorsitzenden der DGB Mitgliedsgewerkschaften und des DGB durch. Ziel ist der gegenseitige politische und strategische Austausch zwischen Partei und Gewerkschaften. Für die inhaltliche Vorbereitung ist der Gewerkschaftsrat hinzuzuziehen.
3. Der Parteivorstand organisiert einmal jährlich einen **Gewerkschaftsratschlag**. Die Teilnahme daran ist offen. Er dient einem breiten Austausch über die aktuell politischen Entwicklungen aus der Sicht von Beschäftigten. Zur inhaltlichen Vorbereitung ist der Gewerkschaftsrat hinzuzuziehen.
4. Der Parteivorstand empfiehlt den Landesverbänden die Übernahme der Struktur aus Gewerkschaftsrat, Gewerkschaftsdialog und Gewerkschaftsratschlag auf der Länderebene und unterstützt diese dabei.

Begründung: Die LINKE hat zu Recht in den letzten acht Jahren die Beschäftigteninteressen in den Fokus ihrer Kampagnenarbeit gerückt und damit die Idee einer verbindenden Klassenpolitik zum Bezugspunkt linker Politik gemacht. Das Schaffen einer Struktur aus Gewerkschaftsrat, Gewerkschaftsdialog und Gewerkschaftsratschlag soll dabei helfen, den klassenpolitischen Fokus der Partei zu verstetigen und damit eine tatsächliche Verankerung zu verstärken.

Beschlossen auf der Sitzung des Parteivorstands am 13. März 2021"

Das finde ich gut.

Da hat unser neu gewählter Parteivorstand schnell gehandelt.

Für eine Partei mit kämpferischen Gewerkschaftern ist der Austausch innerhalb der Partei genauso wichtig wie der Kontakt über die „Parteigrenzen“ hinweg. Ein Parteivorstand, der Gespräche mit Gewerkschaftern plant, schafft sich bestimmt keine Kuschelrunden.

Doch was geht uns das an?

Wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern für die arbeitenden Menschen hier aus dem Lohnkeller, aus dem Niedriglohnbereich, hinausholen. Beschlüsse unserer Partei wirken leider selten direkt bis an die Arbeitsplätze. Nur starke Gewerkschaften mit kampfbereiten Mitgliedern können spürbare Lohnerhöhungen durchsetzen. Für dieses Ziel kann es überhaupt nicht zu viele linke Gewerkschafter geben. Jeder Eintritt in eine Gewerkschaft ist freiwillig und stärkt die Kampfkraft.

Auf Dich „Nichtgewerkschafter in dieser Partei“ kommt es an. Nicht auf Gott. Nicht auf Gysi. Nicht nur auf Henning Foerster.

Matthias Filter

Mitglied der LAG Betrieb und Gewerkschaft

Wenn des Volkes starker Arm es will, stehen alle Räder still!

Termine unter Vorbehalt

03.04.2021, Ostermarsch 2021 - 10:00 Uhr, Grunthalplatz

06.04.2021, Sitzung des Kreisvorstandes - 17:00 Uhr, digital

26.04.2021, Sitzung der Stadtvertretung

01.05.2021, Tag der Arbeit

02.05.2021, Gedenkveranstaltung Marianne Grunthal

04.05.2021, Sitzung des Kreisvorstandes - 17:00 Uhr, digital

07.05.2021, Erscheinen des Offenen Blattes - Geschäftsstelle DIE LINKE. Schwerin

Das nächste Offene Blatt erscheint am 7. Mai 2021

Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

DIE LINKE. Schwerin

Martinstraße 1/1A
19053 Schwerin

Telefon: 0385/ 758 74 54

info@die-linke-schwerin.de

Internet: www.die-linke-schwerin.de

Kreisvorsitzende: Karin Müller und Marco Rauch

Regionalmitarbeiter: Mario Menzzer

V.i.S.d.P.: Marco Rauch

Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. Schwerin

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.